

„Weltower Kreisblatt“ erscheint werktäglich. Bezugspreis monatlich RM. 1,85 einschließlich 25 Rpf. Postentlohn; durch die Post monatlich RM. 1,80 (einschl. 21 Rpf. Postentlohn) zuzüglich 25 Rpf. Beleggeld. — Bestellungen bei den Postämtern, Zeitungsverkäufern und unseren Nebenstellen im Kreise.



Anzeigen lt. Preisliste 20. Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Eilbühlstraße 87. — Fernamt: 23 06 71. Bestellungen: Postfachkonto Berlin Nr. 289 19. — Bankkonto: Girokonto Nr. 2897 bei der Sparkasse des Kreises Teltow - G., Berlin W 35. — Geschäfts- und Versammlungsort: Berlin-Großensee.

Weltower Kreisblatt

Lagezeitung für den Kreis Teltow * Amtliches Verkündungsblatt der Kreisverwaltung Teltow

Sorgen und Beflemmungen in England

Neue englische Stimme, die um die Hilfe der Neutralen winkelt

Amsterdam, 23. Januar.

Garvin veröffentlicht im Londoner „Observer“ einen Artikel über die Lage, aus dem nicht nur Verwirrung, sondern geradezu blasse Angst spricht. Er behandelt zunächst die Gefahren, die England bevorstehen, denn er fürchtet, daß Deutschland auf nichts anderes als — auf den Sieg hinarbeite. Garvin fürchtet für die englischen Häfen, Werften und Industriezentren und erklärt, daß auch Chamberlain schwere Sorgen haben müsse, denn sonst hätte er nicht in seiner letzten Rede sich so ernster Worte bedient. Der Premier müsse schon einen besonderen Grund gehabt haben.

Garvin unterzieht dann die Lage in England einer Kritik und ruft die Regierung auf, die gesamten Hilfsquellen des Empire schleunigst und ohne Zeitverlust einer drakonischen Neuordnung zu unterwerfen. Das Land werde noch immer von „unerfreulichen Kontrasten“ heimgesucht. So komme England von seinen 1 1/2 Millionen Arbeitslosen trotz zahlreicher Einberufungen zum Heere nicht los, was — wie Garvin bemerkenswerterweise ganz besonders betont — in Deutschland unvorstellbar sei. Dort arbeite die deutsche Produktion dank Görings Energie mit außerordentlichen Kräften.

Der Verfasser des Aufsatzes weist noch einmal mit Berufung auf Chamberlain auf die düstere Lage Englands hin, indem er hervorhebt, daß der Premierminister offenbar mit Möglichkeiten rechnet, mit denen England seit der Zeit der höchsten Macht Napoleons nicht mehr gerechnet habe. Jeder Arbeitslose müsse jetzt sofort in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden. Das Beispiel Friedrichs des Großen, eine überlegene Organisation gegen überlegene Hilfsquellen anderer Mächte einzuflechten, habe Deutschland stark beeindruckt. Chamberlain aber habe bis in den letzten Wochen hinein die deutsche Lehre von der Zeit und Arbeit völlig unterschätzt. Jetzt dürfe England seinen einzigen Tag mehr verlieren, um sich für den höchsten Ernstfall fertigzumachen.

Trotz dieser alarmierenden Forderungen scheint Garvin der Ansicht zu sein, daß Groß-

britannien bei allen Anstrengungen doch den Kürzeren ziehen werde, wenn ihm die neutralen Staaten nicht hilfreich zur Seite sprängen. Er beruft sich daher auf Genf und malt angelegliche Gefahren für Belgien, Holland, die skandinavischen Staaten, den Balkan und selbst Vorderasien als sicher an die Wand, nur um möglichst viele Neutrale zu veranlassen, gemeinsame Sache mit England zu machen. Er wagt in diesem Zusammenhang ungeschminkt zu erklären, daß die Gefahren von Holland und Belgien, ebenso für Schweden und Norwegen nur davon abhängen, ob die beiden gemeinsamen Entschlüsse fassen könnten, an der Seite Englands zu kämpfen (1). Wohlweislich sei die Lage für die südeuropäischen Staaten. „England hat sicher damit zu rechnen, daß der Krieg, wenn er sich einmal ausdehnt, nicht nur von einem Ende Europas bis zum anderen ausgebreitet wird, sondern zumindest auch auf Vorderasien übergreifen wird“ (2). In dieser schamlosen Methode liegt die Möglichkeit, alle Sebel in Bewegung zu setzen, um die Neutralen in den Strudel des englischen Krieges zur Rettung des englischen Empire hineinzureißen.

Daß auch der „Observer“ selbst die Lage Englands für mehr als düster ansieht, geht aus dessen Leitartikel hervor, in dem vielsagend darauf hingewiesen wird, daß es nicht das erste Mal wäre, wenn ein armer Pazarus mit bizarrpliniertem Gesicht einem Reiche mit mächtigen Hilfsquellen sich als überlegen zeige.

Tabakbau mit einem fünfzigprozentigem Rückgang betroffen, weil England seinen Bedarf nunmehr in der Türkei bezieht.

Die „New York Times“ fügt hinzu, Washington vermerke auch unfreundlich, daß England, als seit Kriegsausbruch bester Kunde, gewisse amerikanische Länder, vornehmlich Argentinien und Brasilien, zwingt, britischen Waren den Vorrang zu geben.

Zur Postbeschlagnahme bemerkt die „New York Herald Tribune“, der Protest des Staats-

departements entspringe augenscheinlich hauptsächlich der Besorgnis vor der Ubfähigung der USA-Meinung gegenüber England, falls die britischen Willkürmaßnahmen anhielten. Das Blatt schlägt vor, habe Proteste zu unterlassen, aber energigemeinere energigemein vorzutragen. Die „New York Times“ kritisiert erneut die britische Unnachgiebigkeit und den Bruch des Völkerrechts in der Postbeschlagnahme und warnt vor der Entfremdung der bisher englandfreundlichen USA-Stimmung.

Italienischer Dampfer durch Feuer zerstört

Der größte Teil der Fahrgäste gerettet — 109 Personen werden vermisst

Rom, 23. Januar.

Der der italienischen Schiffsahrtsgesellschaft Italia gehörende Dampfer „Dražio“, der sich auf der Rückreise von Südamerika nach Genoa befand, ist zwischen Barcelona und seinem Heimathafen einem schweren Brand zum Opfer gefallen.

Wie die Schiffsahrtsgesellschaft mitteilt, ist das Schiff verloren. Es ist fraglich, ob das völlig ausgebrannte Wrack noch in einen Hafen geschleppt werden kann. Der Schaden

durch den Verlust des 11 600 BRT. großen Schiffes und seiner vollen Ladung geht in die Millionen. Sofort nach Ausbruch des Brandes hat das Schiff bereits am Sonntag E.S.S. Hilfe ausgesandt. Die 700 bis 800 Passagiere konnten durch die italienischen Dampfer „Blancamano“ und „Sella“ zum größten Teil gerettet werden. Einige der Rettungsboote scheinen bei dem außerordentlich schweren Seegang jedoch getrennt zu sein, so daß 109 Personen von der Besatzung und den Passagieren vermisst werden.

Dänische Opfer des englischen Krieges

Bisher 12 dänische Schiffe gesunken und 124 dänische Seeleute ertrunken

Kopenhagen, 22. Januar.

Mit der gestern gemeldeten Versenkung des Dampfers „Zella“ ist die Zahl der Schiffe, die die dänische Handelsflotte durch den Krieg bisher verloren hat, auf 12 gestiegen. Gleichzeitig erhöht sich mit dem neun Mann von der Besatzung der „Zella“, die Zahl der dänischen Seeleute, die dem Krieg zum Opfer fielen, auf 124.

Die „Zella“, ein 1920 in Helsingör gebauter Dampfer der Kopenhagener Reederei Torin

von 1469 BRT., ist nach den inwärtigen eingegangenen ergänzenden Meldungen am Sonntag früh um 5 Uhr mit einer Ladung Kohlen vor der schwedischen Nordostküste in der Nähe der Ormen-Inseln untergegangen, nachdem sie, wie man allgemein annimmt, auf eine Mine gelaufen war. Unter den neun Mann der Besatzung, die umgekommen sein dürften, befinden sich der Kapitän, der erste Steuermann und die beiden Maschinenmeister. Die beiden anderen Seeleute wurden, wie berichtet, vom einem norwegischen Schiff gerettet.

Scharfer japanischer Protest gegen England

England holt völkerrechtswidrig deutsche Zivilpersonen von japanischem Dampfer

Tokio, 22. Januar.

Der japanische Dampfer „Asama-Maru“ wurde Sonntag nachmittag nur 35 Seemeilen südlich der japanischen Küste, kurz vor der Einfahrt nach Yokohama, von einem englischen Kreuzer angehalten. 21 deutsche Seemänner, Zivilpersonen, die bisher Angehörige einer Tochtergesellschaft der amerikanischen „Standard Oil“ waren und von Amerika nach Japan fuhrten, wurden von den Engländern völkerrechtswidrig von Bord des japanischen Schiffes geholt und gefangen gesetzt. Die japanische Regierung hat durch den Vizeaußenminister beim britischen Botschafter in Tokio wegen des Anhaltens der „Asama-Maru“ in nächster Nähe der japanischen Küste und gegen die völkerrechtswidrige Verhaftung deutscher Zivilpersonen formellen Protest eingelegt.

In dem Protest werden die Einzelheiten der Unternehmung und Gefangennahme der 21 deutschen Passagiere durch das britische Kriegsschiff noch einmal dargelegt, wo-

bei darauf hingewiesen wird, daß der Kapitän der „Asama-Maru“ nicht hindern konnte, daß die Gefangennahme durch Zwangsmaßnahmen durchgeführt wurde. Es müsse der britischen Regierung, heißt es in dem Protest weiter, hindernd bemerkt sein, daß die japanische Regierung sich nach dem allgemein üblichen Grundsatze richtet, wonach die Auslieferung von Angehörigen einer kriegsführenden Nation, die sich auf einem neutralen Schiff befinden, sich auf allzeit Soldaten beschränkt. Zudem habe das britische Kriegsschiff im Widerspruch zu dem allgemein anerkannten Gesetzbuch eine derartige Zwangsmaßnahme gegen das japanische Schiff in Gewässern unweit Japans ergriffen. Die japanische Regierung könne diese Maßnahme nicht anerkennen und fordere von der britischen Regierung unverzüglich eine umfassende und triftige Erklärung. Die japanische Regierung behalte sich gleichzeitig ausdrücklich das Recht vor, die Wieberauslieferung der gefangengenommenen Deutschen zu verlangen. Abschließend heißt es in dem Protest: „In

Senator Taft über die Politik der USA.

New York, 23. Januar.

Bundes senator Taft, einer der Bewerker um die republikanische Präsidentschaftskandidatur, sprach in Milwaukee vor prominenten Politikern und Geschäftsmännern. Er warf dabei die Frage auf, ob Roosevelt sich den Standpunkt des Landes zu eigen gemacht habe, daß USA sich aus einem Krieg, außer es sei denn ein Verteidigungskrieg, heraushalten müsse.

Taft erklärte, obwohl die öffentliche Stimmung für Frieden sei und sich anscheinend Roosevelts Haltung gegenüber einer Verwicklung in Europa geändert habe, hätte der Präsident dem Kongress nichts über die Wertschätzung der Neutralität gesagt; er hätte nur betont, daß er gegen eine militärische Beteiligung am Kriege sei.

Roosevelt deute an, daß Amerika nicht die Pflicht habe, sich in Europa einzumischen. Taft wies das Argument zurück, daß die Vereinigten Staaten den Kriegseintritt nicht vermeiden könnten und trat der Ansicht gewisser Kreise entgegen, Amerika sollte in den Krieg eintreten, um die „Demokratien“ gegen die „Diktaturen“ zu verteidigen. Der Senator verurteilte dann auch die Behauptung, daß die USA im Falle einer französisch-britischen Niederlage von Deutschland und Rußland überwältigt würden.

Amerikas Kriegseintritt, so erklärte er, würde wahrscheinlich eher die amerikanische Demokratie als europäische Diktaturen zerstören. Die sogenannte Mobilisierung des Reichstums, durchgeführt im New-Deal-Gesetz, könnte sehr wohl die völlige Abschaffung allen Eigentums zeitigen.

Unwille in USA. über Englands Willkürpolitik

Schädigung amerikanischer Interessen führt Stimmung für England

New York, 23. Januar.

Associated Press berichtet aus Washington, die USA-Regierung sei sehr besorgt wegen der Schädigung, welche die amerikanische Agrarwirtschaft durch die englische Blockade einerseits und durch die Einschränkung sowie Neuorientierung der britischen Einfuhr andererseits erlitten habe. Man sehe zwar ein, daß England Devisen für Bestellungen amerikanischer Flugzeuge und von Kriegsmaterial sparen wolle, sei aber über

die Auswirkung auf die amerikanische Agrarwirtschaft offen enttäuscht. Vorfälle wie die britische Zensurierung amerikanischer Post, die Einbringung von USA-Schiffen in britischen Häfen, die Anfechtung der amerikanischen Sicherheitszone tragen weiter zur Erhöhung des im Staatsdepartement sich annehmenden Unwillens bei und beeinträchtigen die Stimmung in den Vereinigten Staaten gegenüber England. Am schlimmsten sei der USA-